



STUTTGARTER NACHRICHTEN

Von Macadamia bis Walnüssen – was Nüsse so gesund macht
► Seite 10



Sport

Die Rollen des Thomas Hitzlsperger beim VfB

► Seite 29

Die Seite Drei

Beate Uhse: Kaum was übrig vom Sex-Imperium zum 100. Geburtstag

► Seite 3

Europa League aktuell

AS Rom – Borussia Mönchengladbach 1:1
KAA Gent – VfL Wolfsburg 2:2
Eintracht Frankfurt – Standard Lüttich 2:1

► Seite 30

Kultur



Foto: dpa/Christof Schmidt, Adobe Stock/JanisBauer/ing/madaraku

So klingt das neue Album von Matthias Reim

► Seite 15

Wirtschaft

Der Golf 8 ist da – wie sich das VW-Modell seit 1974 entwickelt hat

► Seite 12

KINDER-NACHRICHTEN

Teppich, Figuren oder Vasen – so funktionieren Versteigerungen

► Seite 15

Inhalt

Politik	2–4
Landesnachrichten	5–6
Familienseite	7
Unsere Leser und wir	8
Panorama	9–10
Wirtschaft	11–14
Kultur	15/18
Stuttgart und Region	19–23/28
Impressum	22
Fernsehprogramm	23
Veranstaltungen	24–25
Notdienste	25
Sport	29–34
Gewinnquoten	31
Wissenswert	36

Wetter



Mittags 17°
Nachts 9°
Erst Wolken, später zunehmend freundlich
► Seite 22

Feinstaubalarm Im Stadtgebiet Stuttgart ist derzeit Feinstaubalarm ausgerufen.

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61



Paketboten gestärkt

Elektrogeräte, Bücher oder Fahrräder – massenhaft lassen sich die Bundesbürger Waren schicken. Doch viele oft osteuropäische Paketboten arbeiten ohne Absicherung. So sollen die korrekte Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sichergestellt und Ausbeutung vermieden werden.

► Kommentar
► Seite 2



Foto: dpa/Sina Schuldt

Britischer Premier will Neuwahlen im Dezember

Voraussetzung: EU muss Verschiebung des Brexit zustimmen

LONDON (dpa). Großbritanniens Premierminister Boris Johnson hat eine Neuwahl für das britische Unterhaus für den 12. Dezember vorgeschlagen. Das sagte er in einem Interview mit der BBC am Donnerstag. Es habe sich gezeigt, dass das Parlament mehr Zeit haben wolle, um die Gesetzgebung für den Brexit zu debattieren. Eine Neuwahl sei der Weg, diese Zeit zu gewähren. Die Regierung braucht eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, um eine Neuwahl am 12. Dezember herbeizuführen.

Während die Oppositionsparteien SNP und die Liberaldemokraten bereits vorsichtig eine mögliche Zustimmung signalisiert hatten, kamen aus der Labour-Partei unterschiedliche Signale. Ohne Stimmen eines Teils der Labour-Abgeordneten ist eine Neuwahl nicht möglich. Zu einer Abstimmung im Parlament könnte es bereits am Montag kommen. Eine weitere Voraussetzung für eine Neuwahl ist die Zustimmung der 27 anderen EU-Staaten, die Frist für einen geregelten Austritt Brexit verlängern.

Zahn-Tourismus lockt viele Patienten nach Ungarn

Kasse: Behandlung mit deutschem Standard vergleichbar – Deutsche Zahnärzte warnen

Deutscher Zahnersatz geht ins Geld. Immer mehr Kassenpatienten lassen sich deshalb in Ungarn oder in anderen Ländern Osteuropas behandeln. Der Preisvorteil ist enorm.

VON WILLI REINERS

BUDAPEST/STUTTGART. Zahnpatienten, die sich in Ungarn behandeln lassen, sparen gegenüber einer Versorgung mit Zahnersatz in ihrem Heimatland durchschnittlich rund 7240 Euro. Das ergab eine Umfrage unter 2550 Medizintouristen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien. Sie alle hatten sich in Ungarn behandeln lassen.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind seit 2004 verpflichtet, die Kosten für medizinische Behandlungen im EU-Ausland auch jenseits von Notfallsituationen zu erstatten. Für Zahnersatz erhalten Versicherte Festzuschüsse unabhängig davon, wo die Behandlung erfolgt. Erstattet werden aber grundsätzlich nur Leistungen, die auch in Deutschland erstattungsfähig sind. Die Auslandsbehandlung muss vorab auf Basis eines Heil- und Kostenplans genehmigt werden.

Techniker-Krankenkasse und Barmer, die beiden größten deutschen gesetzlichen Versicherer, melden steigende Zahlen bei Auslandsversorgungen mit Zahnersatz. Bei der TK sind es 1000 bis 1500 pro Jahr, bei der Barmer 900. Einige Kassen, darunter auch die TK, arbeiten fest mit Zahnkliniken in

Osteuropa zusammen. „Kunden können davon ausgehen, dass sie eine mit deutschem Standard vergleichbare Behandlung bekommen“, sagte Hubert Forster, TK-Sprecher in Stuttgart, unserer Zeitung.

„Wenn es schiefeht, hat man als Patient keinen Anspruch darauf, dass der deutsche Zahnarzt es rettet“, mahnt Ute Maier, Chefin der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Jeder, der sich in Ungarn behandeln lasse, müsse das wissen und bei Problemen dorthin zurück. Andernfalls verliere man die Garantie.

Dem jüngsten Barmer-Zahnreport zufolge müssen Patienten in Baden-Württemberg und Bayern die bundesweit höchsten Zuzahlungen für Zahnersatz leisten.

► **Wissenswert Seite 36**

Daimler macht Gewinn und will trotzdem sparen

STUTTGART (dpa). Nach dem Absturz in die Verlustzone kann Daimler im dritten Quartal wieder bessere Zahlen vorweisen. Gute Verkaufszahlen zahlten sich zum Start in die zweite Jahreshälfte aus. Der Umsatz stieg laut Konzern auf 43,3 Milliarden Euro. Das sind acht Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Zugleich liegt der auf die Aktionäre entfallende Gewinn mit rund 1,7 Milliarden Euro ebenfalls leicht höher.

Weil das Kerngeschäft nur schleppend lief und zugleich hohe Rückstellungen unter anderem für Dieseldieselmotoren verbucht werden mussten, war Daimler im zweiten Quartal in die roten Zahlen gerutscht. Vorstandschef Ola Källenius will den Konzern nun noch deutlich stärker auf Effizienz trimmen. Sein Sparprogramm stellt er im November vor.

► **Wirtschaft Seite 11**

Dicke Hose

Winfried Kretschmann (71) ist inzwischen nicht mehr nur Landesvater, sondern auch Landesgroßvater, und in dieser Eigenschaft hat er nun all jene zusammengefaltet, die zerrissene Jeans tragen. Unsere Oma pflegte über solche Jeans zu sagen: Dafür hast du hoffentlich nicht auch noch Geld bezahlt! Kretschmann drückte sich in der „Zeit“ intellektueller aus: „Die Mode mit zerrissenen Hosen finde ich dekadent.“ Was er genau damit meinte, hat er nicht gesagt. Deshalb sollte die Opposition schleunigst eine Landtagsdebatte beantragen. Da kann man sich dann herrlich über Beinkleider in die Wolle kriegen. Und da Kretschmann zerrissene Jeans nur schwerlich wird verbieten können, kann man ihm problemlos vorwerfen, er habe einen auf dicke Hose gemacht. (rai)



Kuhn erntet viel Kritik für Stuttgarts Haushaltsentwurf

STUTTGART (bra). Mit der Aussprache über den Haushaltsentwurf 2020/2021 von Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) gehen die Beratungen über den Doppeletat in die heiße Phase. Während die Grünen am Donnerstag die Vorschläge des Rathauschefs vor allem zum Klimaschutz lobten, kritisierten andere Fraktionen erhebliche Lücken im Verwaltungsvorschlag, etwa in den Bereichen Wohnungsbau, Sport, Personal und Kultur. CDU-Fraktionschef Alexander Kotz attestierte dem OB, sein Entwurf sei vor dem Hintergrund der OB-Wahl 2020 tendenziös.

Es werde zu wenig für den Klimaschutz und die Verkehrswende getan, so das Linksbündnis. Die SPD forderte einen Bürgerentscheid über neue Wohngebiete. Die Freien Wähler wollten vor einem Wirtschaftsabschwung.

► **Stuttgart und Region Seite 19**

Bosch streicht weitere 1000 Stellen

Hiobsbotschaft für Mitarbeiter in Schwäbisch Gmünd: Autozulieferer baut insgesamt 1760 Arbeitsplätze am Standort ab

VON IMELDA FLAIG

SCHWÄBISCH GMÜND. Angesichts des verschärften Wettbewerbs- und Preisdrucks im Markt für Lenksysteme will Bosch am Standort Schwäbisch Gmünd bis Ende 2022 weitere 1000 Arbeitsplätze abbauen. Am Donnerstag wurden die Mitarbeiter über die Pläne informiert. Die Bestürzung ist groß. Jetzt sollen laut Konzern die Gespräche mit Arbeitnehmervertretern beginnen. Zuvor hatte die „Rems-Zeitung“ darüber berichtet.

In Schwäbisch Gmünd sitzt der Bosch-Geschäftsbereich Automotive Steering (Lenksysteme), einst ein Gemeinschaftsunternehmen von Bosch und ZF, das Anfang 2015 komplett von Bosch übernommen wurde. Bereits 2017 wurde eine Standortvereinbarung mit Betriebsrat und IG Metall geschlossen, die Kostensenkungen und einen Abbau von 760 Arbeitsplätzen bedeutete und im Gegenzug Investitionen von 100 Millionen Euro am Standort brachte. Die Vereinbarung gilt bis Ende 2022. Die Personal-

anpassungen seien vollständig sozial verträglich umgesetzt worden, so Bosch.

„Insgesamt konnte Schwäbisch Gmünd seine Kostenposition verbessern. Bei den verschärften Rahmenbedingungen reichen die Maßnahmen jedoch deutlich nicht aus, um den Standort auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen“, begründet Christian Sobottka, Vorsitzender des Bereichsvorstands, die Abbaupläne von zusätzlich 1000 Stellen. Insgesamt sind am Standort 5000 Mitarbeiter beschäftigt. Bis zum Jahresende

wolle man mit den Arbeitnehmervertretern konkrete Maßnahmen entwickeln. Dabei solle über die erforderlichen Anpassungen bis 2022 sowie über Perspektiven bis 2026 gesprochen werden.

Der massive Abbau ist ein herber Schlag – nicht nur für den Standort, sondern für viele Mitarbeiter. Erst am Dienstag hatte der Automobilzulieferer den Abbau von 1600 Arbeitsplätzen in Stuttgart-Feuerbach und Schwieberdingen (Kreis Ludwigsburg) verkündet.

Kommentar

Wildwest

Für Paketboten führt die Koalition bessere Arbeitsbedingungen ein

VON CHRISTOPH LINK

Mit dem Aufschwung beim Online-Handel ist die Zahl der Paketboten in Deutschland massiv gestiegen, bis zu einer halben Million Menschen sind in der Vorweihnachtszeit in dem Gewerbe tätig. Wo die alle herkommen, darüber macht sich der Bürger meist keine Gedanken, wenn er im Netz bestellt. Hauptsache, die Versandgebühren sind niedrig.

Tatsache ist, dass die großen Lieferdienste ein Heer von Subunternehmern beschäftigen, die wiederum frei Leute rekrutieren. Und in dem Personalbereich – so die Ergebnisse einer bundesweiten Razzia vom Februar – sind die Arbeitsbedingungen offenbar übel. Bei 17 Prozent der Paketzusteller von Subunternehmen wurden Ungereimtheiten festgestellt. Mindestlöhne wurden unterschritten, die Sozialabgaben nicht gezahlt, Arbeitszeiten überschritten. Einige Paketfahrer waren ohne Führerschein unterwegs.

Der Bundestag hat nun den Weg frei gemacht für den Schutz von Paketboten vor Ausbeutung. Per Gesetz werden Versandunternehmen verpflichtet, Sozialbeiträge nachzuzahlen, wenn der Subunternehmer es nicht gemacht hat. Das ist ein scharfes Schwert. Im Juristendeutsch heißt dieses Prinzip – gegen das die Arbeitgeberverbände naturgemäß Sturm laufen – Nachunternehmerhaftung. Der erste Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Arbeitsbedingungen stimmen und die Mitarbeiter versichert sind. Da das Prinzip schon in der Baubranche und der Fleischwirtschaft eingeführt worden ist, weiß man, dass es gut funktioniert. Durch das Gesetz alleine werden nicht alle Probleme der Branche behoben – aber es ist immerhin ein Baustein, dass Subunternehmer anders ausgedacht werden. Denn klar muss ein: Wildwest vor unseren Haustüren und an unseren Briefkästen – das dürfen wir nicht dulden.

christoph.link@stzn.de